

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundpreis: bis 23 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Pf., bis 29 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Radikal nach Klasse D. Anzeigenpreisliste Nr. 3. Briefgebühren für Zusendungen 30 Pf., ausf. Post. Für Einhaltungen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugpreise: Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einchl. Transport monatlich. Postzustellung 2,00 RM. einchl. 45 Pf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandabonnements: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 15 Pf., außerhalb Groß-Dresdens 20 Pf.

Postadresse: Dresden-N. 1. Postfach - Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27 951 - 27 953 - Teleg.: Neueste Dresden - Berliner Schriftleitung: Viktorstr. 1a; Fernruf: Kurkurs 9361 - 9366
Druck: Dresden 2060 - Nachdrucke ohne Rücksicht auf Urheberrechte werden weder juristisch noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 127

Donnerstag, 2. Juni 1935

43. Jahrgang

Das Kabinett Bouisson gebildet

Das Unterhaus zur Rede des Führers - Wieder drei italienische Divisionen mobilisiert - Zerschlagene Erdbebenkatastrophe in Belutschistan

Keine große Änderung

Marshall Pétain Staatsminister - Abgabe der Marginalien - Das Ermächtigungsgesetz für das neue Kabinett gesichert

Telegramm unseres Korrespondenten

H. Paris, 1. Juni

Genau nach um 2 Uhr hat der Kammerpräsident Bouisson sein Kabinett fertiggestellt. Es umfaßt ungefähr dieselben Parteien wie bisher, scheint aber durch die Übernahme des Sozialistischen Profors - die sozialistische Fraktion hat allerdings offiziell die Beitritt, was abgelehnt - ein wenig weiter nach links arkt zu sein. Wenn Mitglieder des Kabinetts schriftlich bereit der Regierung Mandat an. Die Ministerliste umfaßt folgende Namen:



Bouisson

Ministerpräsident und Inneres: Bernard Bouisson (parteilos).
Staatsminister: Caillass, Senator (radikalsozial).
Gerris, Abg. (radikalsozial).
Louis Marin, Abg. (Rep.-Dem. Gg.).
Marshall Pétain.
Kultur: Paval, Abg. (unabhängig).
Justiz: Verriot, Abg. (Rep.-Soz. Gg.).
Agricultur: General Maurin.
Kriegsmarine: Pictet, Abg. (Vindrepubl.).
Einkauf: General Denain.
Gesundheit: Laurent-Eynac, Abg. (rad. links).
Finanzen: Palmade, Abg. (radikalsozial).
Nationale Erziehung: Mario Roulland, Senator, (radikalsozial).
Essentielle Arbeiten: Vagonon, Abg. (radikalsozial).
Kolonia: Louis Rollin, Abg. (Rad. links).
Arbeit: Porsard, Abg. (Sozialist).
Verkehr: Verjein, Abg. (radikalsozial).
Gesundheitswesen: Ernest Salont, Abg. (Sozialist).
Post: Mandel, Abg. (unabhängig).
Unterstaatssekretär bei der Ministerpräsidenten: Cahala, Abg. (Rad. links).

„Kabinett zur Verteidigung des Franken“

Die neuen Männer stellen sich heute dem Präsidenten der Republik und am nächsten Dienstag dem Parlament vor. Wie die beiden Väter der Ministerliste (Kriegsminister und Ministerium für die Handelsmarine) ausgefüllt werden sollen, ist vorläufig noch nicht bekannt. Die Aufnahme des neuen Ministeriums in der politischen und parlamentarischen Öffentlichkeit ist recht günstig. Die heutige Morgenzeitung zeigt sich sogar ziemlich begeistert. Nur das „Echo de Paris“ äußert einige Vorbehalte, es will die neuen Männer erst an der Arbeit sehen. Der „Quotidien“ erklärt, daß mit Bouisson

das Ende der parlamentarischen Freiheiten

andere. Die Ernennung der Marshalls Pétain zum Staatsminister wird im Lager der Rechten als eine sichere Garantie für die Haltung der neuen Regierung begrüßt. Der Staatsminister Caillass soll ein gewisses Maß an Flexibilität über die Finanzen erhalten, da die Verbilligung des jungen radikalen Abgeordneten Palmade für dieses schwierige Amt doch als etwas unsicher erscheint. Unter den übrigen „neuen Männern“ der Regierung wird vor allem der

Sozialist Profors

mit einiger Regard begrüßt. Er ist ein Außenleiter vom rechten Flügel der Partei und steht für die Beteiligung der Sozialisten an der Regierung ein. Profors ist eine bekannte Persönlichkeit als Journalist. Er hat, um in die Regierung Bouissons einzutreten zu können, gestern abend noch seinen Austritt aus der Partei erklärt. Es scheint aber, daß er von der Partei noch nicht als „Renegat“ behandelt werden soll. Im Gegenteil, man will ihn und dem Ministerpräsidenten Bouisson, der ja auch bis vor einem Jahre Mitglied der marxistischen Partei war, eine „Bewährungsprobe“ geben. Das dürfte jedoch nicht verhindern, daß die Sozialisten vom ersten Tage an gegen das Kabinett stimmen werden. In der Person des Unterstaatssekretärs Cahala hat Bouisson einen Vertrauensmann seines Freundes Tardieu zu seinem ersten Mitarbeiter ernannt. Der

Abg. Franklin-Bouisson

solle ebenfalls Mitglied der Regierung als Staatsminister ohne Vorbehalte werden, er lehnte aber ab mit der Begründung, daß er lieber als einfacher Abgeordneter seine Propaganda für die nationale Einigung fortsetzen wolle. Der radikale Abgeordnete Bonnet sollte ursprünglich ebenfalls als unbestimmter Finanzminister in die Regierung aufgenommen werden. Aber gegen ihn stehen die gesamten Radikalspartei, Sturm, weil er dem Daladierflügel der radikalen Partei angehört. Diese wenigen Einzelheiten aus den Verhandlungen über die Regierungsbildung zeigen deutlich genug, daß auch Bouisson sich nicht ganz vom Einfluß des Parteiengedankens befreien konnte. Immerhin hat er seine Regierungsbildung nicht ohne einen gewissen Erfolg erzielt: er hat nämlich

zunächst von allen Parteien die Zustimmung gefordert, daß sie ihm

ohne Debatte und ohne Mißtrauen das Ermächtigungsgesetz bewilligen,

das sie seinem Vorgänger Mandat verweigert haben. Die radikalsoziale Fraktion suchte zwar Schwierigkeiten zu machen und Bedingungen zu stellen, aber Bouisson ließ sich auf nichts ein. Er erklärte lediglich, daß er diese Vollmachten für finanzielle, wirtschaftliche und verfassungsmäßige Zwecke, nicht aber für politischen und verfassungsändernden Maßnahmen benutzen würde. Es scheint, daß Bouisson die Absicht hat, die Kammer am 9. Juni, also gleich nach dem ersten Vertrauensvotum, in die Ferien zu schicken, und zwar bis zum Monat Oktober. Hinsichtlich seiner finanziellen Pläne verleiht, daß er von der Bank von Frankreich eine engere und positivere Zusammenarbeit mit der Regierung wünscht. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft in Paris eine Reihe von

Geldfälschungen bei kleinen Privatbanken

unternommen, die als Spekulationen gegen die Stabilität des Franken verstanden sind. Es handelt sich in den meisten Fällen um höchst unwesentliche Institute. Immerhin sind auch eine Untersuchung beim „Petit Journal“ hat, das als Organ des ehemaligen Unterstaatssekretärs Patreirette seit Jahr und Tag eine eifrige Propaganda für die Devaluation des Franken treibt. Einige Zeitungen nennen die Regierung das „Kabinett zur Verteidigung des Franken“, und übereinstimmend wird betont, daß Bouisson keine Anhänger der Abwertung in sein Kabinett aufgenommen hat.

Postkoffer in besonderer Mission

DNB, Berlin, 1. Juni

Der Führer und Reichskanzler hat dem Reichsminister für Abrüstungsfragen Joachim v. Ribbentrop zum außerordentlichen und bevollmächtigten Postkoffer in besonderer Mission ernannt.

Wahlen in Oesterreich „nicht opportun“

× Wien, 1. Juni

Auf der internationalen katholisch-sozialen Konferenz für die berufshändliche Ordnung, die gegenwärtig in Wien tagt, sprach Bundesminister Ritter v. Starmer zur Frage einer Wahl in Oesterreich. Er sagte u. a.: Wir sind heute in Oesterreich nach zwei Revolutionen in einer Lage, in der eine Wahl eine ganz neue politische Front aufstellen würde. Dergleichen sind daher solche Wahlen, die ich mir übrigens nicht als Wunsch vorstelle, nicht opportun.

Von Sonntag zu Sonntag

Was im Ausland geschah - Ein Querschnitt durch die Weltpolitik der Woche

Führer und Eliten

In zwei Stellen erlangen in dieser Woche politische Führung und politische Führerverantwortungsbewußtsein den verschiedenartigsten buntten Einflüssen verborgener Interessenkreise, dem Egoismus unkontrollierbarer Parteienhauens und der Weltfremdeit eines bloßen Formaljuristentums, das mit vermodernden Paragrafen einer vergangenen Zeit die lebendige Fortentwicklung totzuschlagen vermag. In Paris führte das Kabinett Mandin, weil ihm die Kammer die Vollmachten verweigerte zur Behebung der Währungsnot und zur Durchführung der Sparmaßnahmen, die den ungeheuerlich angewachsenen Fehlbetrag im Staatshaushalt auszugleichen sollten. In Washington geräumte ein Urteil des Obersten Gerichtshofes das Recht der „NIRA“, der „National Recovery Act“ (Nationale Wiederherstellungsgesetzgebung), das heißt das gesamte soziale Gesetzgebungswort Roosevelt. In Paris hat man an die Stelle des gestrichenen Ministeriums Mandin ein Kabinett Bouisson gesetzt. Bouisson verlangt sofort die gleichen Vollmachten wie sein Vorgänger Mandin, und er wird sie auch - die Irrgänge des französischen Parlamentarismus sind ununterbrechbar - mit höchster Wahrscheinlichkeit erhalten. An der Krise und ihren Ursachen hat sich durch diesen Kabinettwechsel natürlich nicht das geringste geändert. In Washington verlor Präsident Roosevelt verweigert, eine neue Grundgesetz an Altmann, die das Land vor dem Abwärts in ein wildes Chaos zu versetzen soll. Ob und wieviel ihm dies gelingen kann, ist zur Stunde noch völlig unsicher.

Bier-Geflügelhändler

Bier-Geflügelhändler haben den entscheidenden Schlag gegen Roosevelts Gesetzgebungswort gerichtet. Es sind die vier Inhaber der Firma Gebroder Schichter, Westfälischer en gros, New York. Sie waren angeklagt, die Bestimmungen des „Cobes“ für die Geflügelhändler verletzt zu haben. (Die Regierung hat, wie bekannt, für alle Wirtschaftskontrollen „Cobes“ vorgeschrieben, in denen die Arbeitsbedingungen, Entlohnung, der Wettbewerb usw. geregelt und unter Kontrolle gestellt werden. Es gibt etwa 700 bis 800 derartige Cobes.) Die Gebroder Schichter hatten ihre Angelegenheiten länger arbeiten lassen und sie schlechter bezahlt, als nach dem Cobes erlaubt war. Sie hatten ferner den Behörden falsche Angaben über ihre Geschäfte gemacht. Sie hatten weiterhin Geflügel verkauft, das verdorben und für den menschlichen Genuß nicht geeignet war, und sie hatten sich sicher auch noch anderer unehrlicher Praktiken schuldig gemacht. Als allem Anfangs nach keine besonders leuchtenden Zeichen des kaufmännischen Standes.

In erster Instanz waren sie verurteilt worden, die zweite Instanz hatte das Urteil in einigen Punkten aufgehoben, in anderen bestätigt, die dritte Instanz, der Oberste Gerichtshof, hob das Urteil in allen Punkten auf. Nicht weil es die Angeklagten für unschuldig hielt, sondern weil seiner Meinung nach die ganze Cobes-Gesetzgebung verfassungswidrig ist. Der Kongreß kann nach Ansicht des Obersten Gerichtshofes dem Präsidenten nicht das Recht übertragen, Cobes zu verordnen oder zu bewilligen, da es sich dabei nicht um ein Recht der Exekutive, das heißt des Präsidenten, sondern um ein unveräußerliches Recht der Legislative, des Kongresses, handelt. Zweitens aber - und das ist der entscheidende Teil des Urteils - ist die Regelung derartiger Fragen nicht eine Angelegenheit der Bundesregierung, sondern lediglich der Einzelstaaten, die nach der Verfassung auf wirtschaftlichem Gebiete weitestgehende Souveränität genießen.

Ein schwerer Schlag gegen Roosevelt

Die Angelegenheit Schichter war natürlich eine „lost case“, ein Prozeßverloren. Das Urteil des Gerichtes gilt selbstverständlich für alle derartigen Cobes, das heißt für den größten Teil der Privatwirtschaft. Damit wurde dem sozialen Aufbauwerk Roosevelts der Reichshof unter den Füßen weggezogen, zur Freude aller Profitmacher, die sich hinter dem breiten allmodischen Rücken der Washingtoner Formaljuristen verborgen. Sie hatten in der letzten Zeit viel von den bedrohten „Freiheiten“ geredet. Unter diesen Freiheiten verstanden sie aber etwa daselbe wie einst die Könige der aufgehenden Feudalzeit unter ihren

„Privilegien“. Freiheit, „die sie meinen“, ist die Realität, ohne Einfluß und ohne wirksame Kontrolle des Staates so viel Freiheit wie irgend möglich zu machen. Das ist der Schicksalstrahl des alten Amerika aus der Zeit des 19. Jahrhunderts; wenn jeder sich nach Kräften zu bereichern vermag, mühte unweigerlich der Wohlstand und das Gedeihen aller, die allgemeine „Prosperity“, gefördert werden. So wurde es als Evangelium in der Zeit der Coolidge und Hoover noch nach dem Weltkrieg verkündet.

Der Zusammenbruch im Jahre 1929 und die aus ihm herauswachsende furchtbare Krise haben die Propheten der „eigenen Prosperity“ Lügen gestraft und ein unerhörtes Elend über Millionen und aber Millionen des amerikanischen Volkes gebracht. Die Herr Roosevelt brachte den ersten Versuch, den Einfluß und die Kontrolle des Staates auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete zu verstärken. Amerika verlor das nachahmende, nach Europa, was vor allem Deutschland schon seit Jahrzehnten geahnt hatte. Durch das Urteil des Obersten Gerichtshofes sind alle diese Errungenschaften erledigt oder doch auf das höchste bedroht. Der Vorkriegsstand, der Mindestlohn, das Verbot der Kinderarbeit - alles ist hinweggemischt. Hunderttausende von Farmern, die auf Grund der NIRA-Gesetzgebung Kredite erhielten, können im nächsten Monat von den Höfen vertrieben werden.

Was wird aus der NIRA?

Der Präsident hat gestern selber in einer recht verzweifelt klingenden Rede, die nicht von dem fast naiven Optimismus und der Anfangsgläubigkeit seiner Präsidentschaft mehr enthält, darauf hingewiesen, welche Folgen das Urteil des Obersten Gerichtshofes haben könnte. Aber Kraft reicht oder mündelnd in eine zweifelhafte Lage gebracht hat: die Bundeskontrolle des Alkohols, die Regulierung der Börsen, die Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und die Ordnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Der Präsident führte weiter an, was jetzt folgen müßte: nämlich Aufhebung der Arbeiterarbeit, Sanierung der unfaulteren Wirtschaft, Katastrophales Sinken der Preise für Weizen, Baumwolle und andre Bodenerzeugnisse, Kollaps der kleinen Geschäftsläden, die gegen die Kettenläden nicht mehr konkurrieren können. Eine düstere Prognose! Nicht mit Unrecht kam der Präsident in diesem Zusammenhang darauf zu sprechen, daß das Urteil des Obersten Gerichtshofes auf Verfassungsgrundlagen aufbaut wäre, die im 19. Jahrhundert entstanden seien, zu einer Zeit, da niemand die heutige wirtschaftliche Entwicklung und die aus ihr hervorgehenden Notwendigkeiten erkennen konnte. „Diese Entscheidung“, erklärte er, „bringt Amerika in die primitiven Zeiten von Pferd und Wagen zurück, als die 13 Kolonien einen Bund gründeten und die ähnlere Einheit herstellten, aber eifriglich darauf bedacht waren, daß kein Staat in die Oberhand des andern eintritt.“ Damals gab es aber all die großen Fragen der heutigen Zeit wie Lebensproduktion, Arbeitslosigkeit und unfaulteren Wettbewerb noch nicht, die heute nur von einer zentralen Stelle aus zu regeln sind.

Man will jetzt versuchen, die wesentlichen Teile des Sanierungswerkes durch freiwillige Vereinbarungen und einen gewissen moralischen Druck auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erhalten. Ob das gelingt, ist völlig ungewiß. Die Wirtschaftsmoral vieler amerikanischer Unternehmer kennt das Wort „Gemeinnutz“ und „Gemeinwohl“ nicht, und auf der andern Seite wird bereits mit großen Massenstreik gedroht, falls versucht werden sollte, die Löhne erneut zu drücken und die Arbeitslosigkeit erneut zu verlängern.

Roosevelt kämpft einen arbeitslosen Kampf gegen die Feinde der Rechten wie zur Linken. Für alle konservativen Kräfte sowohl in seiner eigenen demokratischen Partei als auch in der oppositionellen republikanischen Partei ist er ein gefährlicher „Radikaler“, und das Urteil des Obersten Gerichtshofes ist aus dem Gesicht dieser konservativen Kreise herausgezogen. Für andre wieder ist er längst nicht radikal genug und überall wachen kleinere und größere „Demagogen“ heran, von der Art des „Radikaler“ Coughlin und des bizarren Senators von Louisiana, Huey Long, die in volkstümlicher Sprache gegen Roosevelt und sein Werk anrennen und vor allem unter den in den Kreisen der Neunamtrianer, d. h. derer,